

Laibacher Zeitung.

Nr. 230.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Samstag, 7. Oktober.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 20 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 5 kr.

1876.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome dem Rathe der k. k. Grenzsection der Septembirtafel und Abtheilungsvorstande des k. k. Generalcommandos in Agram, k. k. Major-Auditor in der Reserve Ferdinand Beyer, als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse in Gemäßheit der Ordensstatuten den Ritterstand allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 5. Oktober 1876 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, kroatische und romanische Ausgabe des am 2. September 1876 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen XXXI. Stückes des Reichsgefehlblattes ausgegeben und versendet.

- Dasselbe enthält unter:
- Nr. 110 die Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung, des Ackerbauministeriums und des Ministeriums des Inneren vom 11. August 1876, betreffend die Vorführung der Pferde (Tragthiere) vor die Pferde-Classificationscommission des zeitweiligen Aufenthaltsortes;
 - Nr. 111 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 16ten August 1876 wegen Ermächtigung des k. u. ungarischen Nebenkommissars zu Novi zur Abfertigung von Wein in der Einfuhr aus Dalmatien;
 - Nr. 112 die Kundmachung des Handelsministeriums vom 23. August 1876, betreffend die Ueberragung der concessionsmäßigen Befugnisse bezüglich der Landenburger-Gratzbacher Eisenbahn an die Actiengesellschaft der austr. priv. Kaiser Ferdinands-Nordbahn;
 - Nr. 113 die Verordnung des Justizministeriums vom 25. August 1876, betreffend Änderungen in dem Gebietsumfange mehrerer Bezirkegerichte in Oesterreich unter der Enns;
 - Nr. 114 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 27. August 1876, betreffend die Zurückverlegung des k. k. Nebenkommissars II Altwarnsdorf zu Groß-Schnau nach Altwarnsdorf. (W. Ztg. Nr. 228 vom 5. Oktober.)

Nichtamtlicher Theil.

Minister Tisza über den Ausgleich.

In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 4. d. M. erfolgte durch den ungarischen Ministerpräsidenten, Herrn Tisza, die mit Spannung erwartete Beantwortung der kürzlich im Reichstage zur Ausgleichsfrage gestellten Interpellationen der Abgeordneten J. Simonhi und Dr. Chorin. Jene über die gleichzeitig gestellte Interpellation zur Orientfrage bezieht sich der Minister für später vor.

Bei Motivierung der verspäteten Vorlage der die österreichisch-ungarische Ausgleichsfrage betreffenden Gesetzentwürfe sagte der Ministerpräsident: „Sekt wäre es nicht möglich gewesen, alles zu unterbreiten, und übrigens ist es die Ansicht der beiden Regierungen, daß man diese Gesetzentwürfe ihrer Natur nach nur dann

zur Allerhöchsten Sanction unterbreiten und effectuieren könne, wenn von denselben wenigstens jene, die mit einander in Verbindung stehen, von beiden Parlamenten schon angenommen sind, insofern in einem Theile der Vorlagen Begünstigungen für einen Theil enthalten sind, in einem anderen solche für den anderen. Weder der eine noch der andere Theil könnte sich dem aussetzen, daß das zu Gesetzeskraft erwache, was für ihn belastender ist, ohne sicher zu sein, daß zur selben Zeit Gesetz wird, was für ihn vortheilhafter ist und wodurch er eine Compensation erlangt.“

Hierauf auf die Interpellation Dr. Chorins betreffs der 80-Millionen-Schuld übergehend, äußerte sich der Ministerpräsident in nachstehender Weise: Die Frage der 80-Millionen-Schuld ist allerdings aufgetaucht. Die Regierung war und ist der Ansicht, daß diese Frage mit dem Ausgleich von 1867 gänzlich gelöst wurde. Die transleithanische Regierung behauptet jedoch das Gegentheil. Die Regierung hatte schon bis jetzt oft die Nachteile dessen gefühlt, daß ihre Vorgänger seien, darum will sie in dieser Frage unbedingt eine endgültige Lösung herbeiführen. Der Ministerpräsident hält diese Frage schon aus dem Grunde nicht für aufschiebbar, weil, wenn auch mit einer anderen Bank ein Vertrag abgeschlossen würde, die österreichische Nationalbank bei der Liquidierung doch wieder auf die Lösung dieser Frage dringen müßte. Die Regierung hält standhaft an der Lösung vom Jahre 1867, die österreichische Regierung an dem Gegentheil fest. Hier müßte also entweder der Krieg oder ein dritter als Richter entscheiden. Der dritte Fall träte nur ein, wenn eine der Parteien nachgäbe, was immer mit einer Demüthigung verbunden ist. Man ist daher übereingekommen, die Lösung erst durch Deputationen versuchen zu lassen, und wenn diesen die Lösung nicht gelingt, dann die Frage: „Ist die Bankschuld in dem Ausgleich vom Jahre 1867 enthalten oder nicht?“ durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Darin sind beide Theile übereingekommen, daß die Bankfrage bis zum Frühjahr jedenfalls gelöst werden muß, und bemerkt der Minister für seinen Theil nur soviel, daß die Nichtlösung dieser Frage das Scheitern des ganzen wirtschaftlichen Ausgleich und damit natürlich auch den Rücktritt der ungarischen Regierung zur Folge haben müßte.

Bei der über diese Antwort angeregten kurzen Debatte erklärte J. Simonhi, dieselbe nicht zur Kenntnis zu nehmen. Der Abgeordnete Dr. Chorin hält die Frage der 80-Millionen-Schuld durch den 1867er Ausgleich für erledigt, nimmt aber die Antwort zur Kenntnis, weil eine meritorische Debatte vor Unterbreitung der Gesetzentwürfe verfrüht wäre. — Die Debatte fand damit ihr Ende, daß das Haus beide Antworten zur Kenntnis nahm.

Die Friedensgarantien der Pforte.

Die Zeit, da die Türkei von der Gnade Europas leben und durch die „Eifersucht“ der Mächte gefristet werden konnte, ist um und vorüber; heute ist es an ihr, die inneren Garantien des Bestandes zu schaffen, wenn sie die äußeren Bürgschaften sich erhalten will, sie ist aber verloren und der status quo muß unrettbar in Trümmer gehen, sobald die türkischen Staatsmänner sich stumpf und unzugänglich zeigen gegen diejenigen Forderungen, welche die europäischen Cabinette im eigenen Interesse des Türkenreiches gestellt. Leider zeigt die ablehnende Antwort, welche die Pforte auf die von England formulirten Friedensbedingungen gegeben hat, und zeigen insbesondere die Gegenvorschläge der türkischen Regierung, daß in Stambul weder die Erkenntnis von dem grausamen Ernst der Lage, noch das Verständnis für die Lebensbedürfnisse des Staates herrscht. Während es sich darum handelt, durch die Annahme der Bedingungen, auf welche Europa nimmermehr verzichten kann, sowol jeden begründeten Vorwand zu einem directen Eingreifen der Cabinette aus dem Wege zu schaffen, als dem eigenen Reiche die Mittel zuzuführen, durch welche es innerlich erstarken und auf neuen Grundlagen zu neuer Macht emporblühen kann, verlegen sich die türkischen Staatsmänner auf diplomatische Finessen, um den Kern der europäischen Forderungen hinweg zu escamotieren.

Nichts anderes bedeuten die Gegenvorschläge der Pforte bezüglich der aufständischen Provinzen. An die Stelle der lokalen, administrativen Autonomie der slavisch-türkischen Provinzen, wie sie von den Mächten gefordert wird, soll eine „allgemeine Verfassung“ treten, die — abgesehen davon, daß jede türkische Verfassung von Hause aus das Talent hat, ein todter Buchstabe zu bleiben — in ihrem ganzen Wesen unsäglich und für die slavischen Provinzen insbesondere ohne Gehalt und Nutzen wäre. Der complicierte Vertretungs-Mechanismus, den man in Konstantinopel eronnen, wäre lediglich geeignet, jede praktische Verwaltungsthätigkeit zu vereiteln, eine Inzanz durch die andere zu paralytisieren, dem Ganzen würde die Seele, den Theilen die Möglichkeit der Function abgehen und die Autonomie der slavischen Provinzen ginge in dem „Centralparlamente“ vollständig verloren. Die Hauptsache ist nicht, daß das ottomanische Reich eine Verfassung erhalte, während die socialen und religiösen Verhältnisse ganz entschieden ein autokratisches Regiment begünstigen; die Hauptsache ist, daß in den christlichen Provinzen geordnete Zustände Platz greifen; daß der christlichen Bevölkerung das Joch einer konfessionellen Willkürherrschaft vom Nacken genommen werde; daß die Rajah eine menschenwürdige Existenz und eine Heimat gewinnen und daß die Ursachen beseitigt werden, aus welchen all der haarsträubende Jammer und all die blutigen Auf-

Feuilleton.

Theater.

2. Zur Feier des Allerhöchsten Namensfestes wurde dem Publikum mit der Aufführung des Rosen'schen Lustspiels „Schwere Zeiten“ „bei festlich erleuchtetem äußeren Schauplatz“ ein vergnügter Abend bereitet. Obwohl wir offen gestehen, daß wir in Laibach schon bessere Aufführungen dieses von Humor strotzenden Stückes gesehen haben, so können wir dennoch der gerundeten, ineinander greifenden Darstellung vom 3. d. M. unsere Anerkennung nicht versagen. Frau Schubert-Barbieri versah die Rolle der Großmutter und Kaufmannswitwe „Leocadia Schwalbach“ mit Anstand und Würde. Fr. Pischel entfaltete als deren Schwiegertochter „Emilie“ seine Grazie und sehr sympathisches Spiel. Fr. Arensdorf zeichnete sich als „Bertha Schwalbach“ wieder durch ihr liebliches und munteres Wesen aus. Herr Ströhl gab den privatisirenden „Gemüsegärtner Strunk“ mit vielem Verständnisse und in einer trefflich gewählten Waise. Auch Fr. Weidl (dessen Tochter Therese) war eine gleichartige Erscheinung; ebenso erntete Herr Director Fritzsche durch seine lebensvolle Darstellung des leichtlebigen, immer schlagfertigen Journalisten „Robert Mohr“ reichen Beifall. Großen Fleiß verwendete auch Herr Rieger (Schill) auf seine Rolle; doch scheint dieselbe nicht in sein Fach zu schlagen. Herr Wallner (Ritter von Schwalbach) war dagegen seiner Rolle nicht gewachsen

und ließ trotz seiner anerkanntwerthen Bemühungen noch sehr den Anfänger erkennen.

Nicht unerwähnt wollen wir die Theaterkapelle lassen, welche die Zwischenpausen mit sehr gelungenen Piceen ausfüllte und den Beifall des gut besuchten Hauses hervorrief.

Die komische Operette „Fledermaus“, nach dem Französischen von Meilhac und Halévy, in Musik gesetzt von Johann Strauß, amüsierte uns schon durch zwei Abende. Das Hervorragendste derselben sind zweifellos die bekannt reizenden und prickelnden Strauß'schen Melodien und einige Scenen im zweiten und dritten Acte. Die pikante — und doch humoristische — Entwicklung der Dinge faßt das Ganze in erfolgreicher Weise und führt uns exzellente Scenen vor. Herr von Eisenstein, ein junger, lebenslustiger Ehemann, wird durch einen seiner Freunde (Doctor Falke) zum Besuche einer Soirée eingeladen und am Abende vor dem Antritte einer achttägigen Gefängnisstrafe überredet, die amüsante, heitere Gesellschaft junger, schöner Damen allem andern vorzuziehen. Nachdem er der lieblichen Gemalin vorspiegelt, in den Arrest zu gehen, tritt der Verehrer seiner Gattin auf, um in dessen Abwesenheit in ungenierter Art die junge Frau zu amüsieren. Plötzlich kommt der Gefängnisdirector Frank und führt den eingedrungenen Liebhaber als Herrn von Eisenstein in das Gefängnis. Die Soirée bei Prinz Orlosky beginnt; von Eisenstein repräsentiert sich als Marquis, dessen Stubenmädchen als angehende Künstlerin, Gefängnisdirector Frank als Chevalier und die Situation verherrlicht sich mehr und mehr. Dr. Falke schreibt an Eisensteins Gemalin ein Billet, demzufolge sie, als un-

garische Gräfin maskiert, ihren untreuen Gemal irreführt und in scherzvoller Weise an sich zieht. Nach einem prächtigen ungarischen Nationalliede, gesungen von Frau Fritzsche-Wagner, folgt das Souper; ein herrliches Champagnerlied intoniert den noch herrlicheren Du und Du-Walzer. Die Musik hat den wirksamsten Effect erreicht und elektrifiziert alle Zuhörer; sie beschließt den zweiten Act, und unaufhörlicher Applaus folgt; der dritte Act beginnt. Hier spielt sich die Komik in wirklich drastischer Weise zu; der feurige Champagner umflort die Gedanken des Chevalier-Gefängnisdirector Frank, bringt den Marquis-Privatier Eisenstein in die heiterste Laune und enthüllt mit packendem Humor den nächtlichen Scherz der beiden, daß alle Anwesenden intensive Lachlust befaßt. Das Stück endet, indem der leichtsinnige Gatte, trotz längerem Sträuben und trotz aller listigen Versuche, seine Identität zweifelhaft zu machen, brummen muß.

Wenn wir berücksichtigen, daß der musikalische Theil dieser Operette durchwegs vorzügliche Stimmittel verlangt, so müssen wir andererseits auch zugeben, daß die Aufführung an beiden Abenden, recht anerkanntwerth gewesen. Unsere Primadonna Frau Fritzsche-Wagner leistete als Eisensteins Frau ganz Vorzügliches, und gebührt ihr die größte Anerkennung. Frau Fritzsche hat in Spiel und Sprache etwas durchaus Sympathisches und Anmuthendes, und verleiht ihr die Eigenartigkeit ihres Wesens einen besonders anziehenden Reiz. Zunächst ihr kommt Herr Director Fritzsche (Eisenstein) durch seine geschickt combinirten Effecte, namentlich aber durch seine glänzende Direction und die meisterhafte Charakteristik Frau Zwerenz (Eisensteins Stubenmädchen) führte ihre

stände hervorgegangen. Dazu aber taugt nicht irgend ein allgemeiner Verfassungsapparat, dazu ist unbedingt eine vernünftige lokale Verwaltungsautonomie mit den Bürgschaften praktischer Ausführung erforderlich. Nichts kann die Pforte verhindern, die administrativen Reformen, welche in Bosnien, der Herzegowina und Bulgarien eingeführt werden, auch auf die übrigen Gebiete des Reiches auszudehnen, aber die Herstellung menschenwürdiger Zustände in den christlichen Provinzen darf für keinen Fall von einem allgemeinen Verfassungsexperiment abhängig gemacht werden, für dessen Gelingen keinerlei Gewähr gegeben ist. Und wenn die türkischen Staatsmänner von dieser Reform angeblich aus dem Grunde zurückzusehen, weil es nicht gerathen sein könne, den Anständigen eine Prämie gegenüber der lokalen Bevölkerung zu gewähren, so mag der Einwand an sich plausibel genug klingen, allein man muß der Pforte denn doch die Ursachen des Aufstandes ins Gedächtnis rufen. Haben die Provinzen sich etwa empört, weil der Taumel eines außerordentlichen Wohlbehagens über sie gekommen? Hat ihnen nicht die Verzweiflung die Waffe in die Hand gedrückt, um sich der schwachvollen Tyrannei ihrer Peiniger zu erwehren? Diese bodenlose Mißwirtschaft fordert ihre Sühne, und die Türkei kann die letztere umso eher geben, als sie zugleich die Sanierung der inneren Misere des Reiches bedeutet.

Sträubt sich die Pforte gegen diese Forderungen, so sträubt sie sich gegen die Bürgschaften des eigenen Bestandes, dann aber kann sie nicht verlangen, daß den Mächten das Schicksal des ottomanischen Reiches näher gehe als ihr selbst, und dann tritt der Fall ein, daß das Prinzip des status quo, von der Pforte selbst ad absurdum geführt, einer andern Combination plagen muß. Eben deshalb aber, angesichts des schweren Ernstes, welcher in dieser Frage liegt — sagt der „Pester Lloyd“, dem wir den vorstehenden, bemerkenswerthen Artikel entnehmen — geben wir die Hoffnung nicht auf, daß die Pforte noch zur rechten Zeit in die rechte Bahn einlenken werde. Schwerlich hat sie noch ihr letztes Wort gesprochen und schwerlich wird es außerordentlicher Mittel bedürfen, um die türkischen Staatsmänner zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Bewährt sich aber diese Voraussetzung, dann muß auf der andern Seite alles vermieden werden, was die Türkei direct zum Verzweiflungskampfe provociert. Gewiß darf es an wirksamen Garantien für die Verbesserung des Loses der christlichen Bevölkerung nicht fehlen, und gewiß muß die Pforte diese Bürgschaften geben; allein andererseits dürfen unter dem Titel der „Garantien“ die Zumuthungen nicht die Grenze überschreiten, wo für die Türkei die Garantien des Bestandes aufhören und wo die Zertrümmerung alles Bestehenden und das Chaos beginnt.

Montenegro und das serbische Königspronunciamento.

Die durch die serbische Armee erfolgte unberufene Proclamation des Fürsten Milan zum König von Serbien hat am Hofe in Cetinje gewaltig verstimmt und die alte Eifersucht zwischen den beiden südslavischen Fürstenhäusern von neuem rege gemacht. Bezeichnend hierfür ist ein der „Pol. Corr.“ vom 4. d. M. aus Cetinje zugehendes Schreiben, welches die Stimmung in Montenegro näher schildert. In dem erwähnten Schreiben heißt es:

Die Stimmung in der fürstlichen Residenz war durch mehrere Tage durchaus keine gehobene. Eine unangenehme Nachricht löste die andere ab. Geradezu deprimierend wirkte hier die Meldung von dem Pronunciamento

Rolle überaus günstig durch — wenngleich der erste Act in einzelnen Nummern fast unhaltbar wurde. Ueberhaupt traten in demselben mehrere sehr fühlbare Dissonanzen auf; sowohl im Orchester als im Gesang. Herr Weiß (Alfred, Frau Eisensteins Geliebter) trifft einzelne Uebergänge zu unermittelt und scheint ein wenig Staub in der Kehle gehabt zu haben. Herr Zwerenz, (Gefängnisdirector Frank), Herr Mailer (Doctor Falke) und Fräulein Huemer (Prinz Orlofsky) waren durchwegs belustigend und vollständig geeignet, das Ganze würdig zu unterstützen; auch Herr Laska (Doctor Blind) und Herr Ströhl (Gefängniswärter) hielten sich entschieden recht wacker in der Darstellung ihrer kleinen Rollen. Mehrere Scenen erregten die größte Heiterkeit des zahlreichen Publikums; intensiver Applaus krönte die gediegene Vorstellung.

Die vorgestrige zweite Aufführung der „Fledermaus“, bei minder zahlreichem Besuche, folgte der ersten ebenbürtig nach. Wenn wir wiederholt auf die Dissonanzen im ersten Acte zurückkommen, so liegt die größte Schuld daran wol im Orchester. Herr Kapellmeister Krones muß seine Musici fleißiger üben, sonst vermehren sich die unangenehmen Mißtöne zu sehr. Und nicht bloß, daß es für die Zuhörer höchst unangenehm ist, es stört auch die Sänger und Sängerinnen und erschwert ihre ohnehin mühevollen Aufgabe. Hoffen wir diesen einen Uebelstand beseitigt zu sehen, und die Wiederholung der „Fledermaus“ wird noch öfters recht zahlreich besucht werden.

zu Deligrad. Wiewol das Haus Njegusch nur über ein Gebirge und kaum eine Handvoll Menschen herrscht, so hat es sich doch von jeher die höchsten politischen Ziele gesteckt. Vom Vladika Peter Petrovic bis zum ersten Knez (Fürsten) Danilo hegten alle Beherrscher der Eragnora die Idee, die Serben in der Türkei zu befreien und Montenegro zum Pivotal des großen Befreiungswerkes zu machen. Schon seitdem Serbien im Anfange dieses Jahrhunderts es gewagt hat, sich selbst von der unmittelbaren Türkenherrschaft zu emancipieren, ohne auf die Mitwirkung Montenegro's zu reflectieren, ist hier ein kleiner Stachel gegen das stammesverwandte Land zurückgeblieben. Man tröstete sich aber mit der stets bewährten unvergleichlichen Tapferkeit des Bergvolkes, begründete darauf ein grenzenloses Vertrauen und hörte nie auf, von schönen Zeiten für die Dynastie Njegusch zu träumen.

Plötzlich trifft unerwartet die Nachricht hier ein, in Serbien sei ein König, allerdings vorerst in partibus, proclamirt worden, und dieser König soll kein Njegusch, sondern ein Obrenovic sein, der Sprosse eines Geschlechtes, welches sich stets vermaß, dem Fürstenhause der Njegusch eine mächtige Concurrenz zu bereiten. Die Nachricht wirkte zuerst geradezu betäubend; dann trat tiefe Verstimmung ein. Wohl hat man inzwischen erfahren, daß man in Belgrad an officieller Stelle die Königsmacher desavouiert, und daß die Großmächte, Rußland voran, dieses Impromptu sich durchaus nicht gefallen lassen wollen. Reelle Gefahren gebe es also einstweilen für die diesseitige dynastische Politik nicht. Allein der Zwischenfall ist doch unangenehm, und würde man hier gewünscht haben, daß er gar nicht eingetreten wäre. Die Thatsache, daß Fürst Nikola gegen Serbien verstimmt ist, kann nicht in Abrede gestellt werden.

Als wahrscheinliche Consequenz dieser Verstimmung wird angenommen, daß Fürst Nikola von nun an seine eigenen Wege gehen werde. Er dürfte der serbischen Welt zeigen wollen, daß er, mit halber Arbeit unzufrieden, bereit sei, das Möglichste für die Herzegowiner zu thun und von Serbien, das bereits erlahmt ist, sich nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen.

Vom Kriegsschauplatz.

Ueber die im Moravathale sich gegenwärtig abspielenden Kämpfe zwischen der türkischen und serbisch-russischen Armee — wir können letztere schier so nennen — liegen bis zur Stunde weitere Nachrichten nicht vor. Es scheint seit den großen Kämpfen vom 28. bis 30sten vorigen Monats — verhältnismäßig wenigstens — Ruhe eingetreten zu sein, ein Stillstand, der jedenfalls nichts anderes bedeutet, als ein beiderseitiges Ausholen zu einem wichtigen, entscheidenden Schlage.

Dazu stimmt vollkommen ein belgrader Brief der „Politischen Correspondenz“ vom 1. Oktober, welcher bestätigt, daß man in den jüngsten Tagen auf beiden Seiten mit fieberhafter Hast thätig sei, alle Kräfte zu sammeln.

Auf allen nach dem Moravathal führenden Straßen — sagt das Schreiben — sieht man bedeutende Truppenmassen nach Deligrad marschieren. Auf Ansuchen Tschernajeffs werden seit dem 29. September alle irgendwo noch verfügbaren Truppen zur Haupt-Armee geschickt. Man glaubt, daß in einer der nächsten Schlachten das Schicksal des Feldzuges entschieden werden dürfte. Abdul Kerim Pascha hat, nach Aussagen von gefangenen Türken, aus allen nahen Städten und festen Plätzen die Garnisonen eiligst an sich gezogen. Vom Armeecorps Osman Paschas sind anderthalb Brigaden Infanterie über Knjazevac und Nisch in Eilmärschen zu Abdul Kerim beordert worden. Tschernajeff tractet die Ungleichheit in den beiderseitigen Streitkräften so rasch als möglich auszugleichen. Der Kriegeminister hat gestern dem größten Theil des Corps am Ibar Marschordre nach Deligrad zugehen lassen. Auch von der Zantova Kliffura sind fünf Bataillone und eine Batterie ins Moravathal detachirt worden.

Auch die serbische Kriegsverwaltung macht alle möglichen Anstrengungen, die seit Beginn des Krieges stark reducierten Vorräthe an Kriegsbedarf zu ergänzen. Zu diesem Behufe negociirt das Gouvernement mit großen Häusern in Petersburg und Moskau neuerlich eine Anleihe von 24 Millionen Dinars. Die Verhandlungen nehmen guten Fortgang.

Politische Uebersicht.

Laibach, 6. Oktober.

Wie die „Pester Corr.“ bestimmt vernimmt, werden die österreichischen Minister Blumetich, de Pretis und Glaser heute abends in Pest eintreffen; Fürst Auersperg und Baron Lasser kommen erst am Samstag dahin, an welchem Tage auch die handelspolitischen Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen beginnen werden.

Im ungarischen Immunitätsausschusse hat Simonffy zu dem Berichte des Ausschusses, welcher die Auslieferung Miletic beantragt, ein Separatvotum angemeldet.

Der kroatische Landtag nimmt Montag seine Thätigkeit wieder auf.

In deutschen Blättern wehren die berliner Officiösen jetzt die Deutung ab, als sei die vom han-

nover'schen Provinzial-Landtage beantragte Freigebung des Welfenfonds im Einverständnisse mit der Staatsregierung erfolgt. Von berufener Seite wird dagegen eingewendet, die Zustimmung der Regierung zu jenem Antrage werde davon abhängig sein, „ob vonseite der welfischen Dynastie vorher Schritte geschehen werden, welche eine ausdrückliche Verzichtleistung auf die bisher in Anspruch genommenen Rechte einschließen“.

Während es bisher hieß, daß Fürst Bismarck erst gegen Ende dieses Monats wieder in Berlin eintreffen werde, registriert die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, allerdings ohne eine Bürgschaft für das betreffende Gerücht zu übernehmen, daß der Reichskanzler bereits im Begriffe stehe, von Barzin nach Berlin zurückzukehren.

Der Hirtenbrief des französischen Bischofs von Gap macht in den französischen Journalen noch immer von sich reden. Die ultramontanen Blätter konnten es nicht verwinden, daß ein Kirchenfürst ihr Treiben öffentlich gebrandmarkt und dadurch den Republikanern eine Waffe gegen sie in die Hand gegeben hat. Sie haben demnach den Prälaten zu Erklärungen aufgefordert, welche dieser auch nicht schuldig blieb. Zuerst wurde mit einer solchen das Organ Dupanloup's, die „Oesense“, bedacht. Der Bischof von Gap hielt in dieser Antwort die Ausführungen seines Pastoral Schreibens aufrecht und fand daher abermals den Beifall der liberalen Presse.

Um das Gesetz über die Aufhebung religiöser Körperschaften zur Ausführung zu bringen, hat die italienische Regierung angeordnet, daß alle Novizen, welche sich in den Klöstern befinden, zu ihren Familien heimzukehren hätten. Angesichts dieser Verfügung soll, der „Republique française“ zufolge, der Vatican die nöthigen Summen zur Verfügung gestellt haben, um diese Novizen nach belgischen und französischen Klöstern zu bringen. Die „Indépendance belge“ verwahrt sich ernstlich gegen diese Gäste und meint, da Belgien bereits die deutschen Jesuiten beherberge, so werde es bald zum Centrum der schwarzen „Internationale“ werden.

Der „Pungolo“ von Neapel meldet, es sei die Errichtung eines verschanzten Lagers für 25,000 Mann zwischen Bari und Barletta angeordnet worden, um für alle Fälle bereit zu sein.

Der englische Gesandte Layard erklärte bei einer Besprechung mit dem spanischen Ministerpräsidenten Canovas del Castillo, daß er das Recht Spaniens achte, seine innere Verwaltung der Verfassung gemäß zu regeln.

Der Sultan hat die Entscheidung des großen Rathes über die herzustellende Verfassung sanctioniert. Nach dem „Lévant Herald“ sollen ein förmlicher gesetzgebender Körper und ein Senat gebildet werden; die Controle der Provinzialverwaltung soll durch gemischte Räte ausgeübt werden, die aus Beamten und Gemeinde-delegierten bestehen würden. Dieses System soll, wie die Mächte verständigt wurden, auf das ganze Reich ausgedehnt werden. Man steht da vor einem interessanten Problem, auf dessen Ausführung man gespannt sein darf.

Die Meldungen aus Paris bestätigen, daß die Mächte trotz der Ablehnung ihrer Friedensvorschläge durch die Pforte auch weiter im Einvernehmen zu handeln gedenken. Fürst Orloff soll dem Herzog Decazes versichert haben, daß Rußland durch die Verständigung zwischen den Vertragsstaaten zur Wiederherstellung des Friedens zu gelangen wünsche. Die russische Regierung soll ihren Botschaftern in Paris, London, Wien und Rom eine Note übermittelt haben, in welcher sie die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch Serbien bedauert und die Hoffnung auf weitere Verständigung der Mächte ausdrückt, um die Kriegführenden zur Einstellung der Feindseligkeiten zu veranlassen.

Osman Pascha hat seine Armee bis auf 24,500 Mann verstärkt und beherrscht das Timokthal auf eine Ausdehnung von fünf Stunden. Seine Vorposten stehen bei Nikolicew und Braternica.

Die Mohamedaner in Bombay hielten am 24sten v. M. eine große Versammlung zur Besprechung der orientalischen Frage. Sie nahmen einhellig Adressen an die Königin an, in denen dieselbe gebeten wird, keine Politik zu billigen, die auf die Zertrümmerung der Türkei abzielen würde.

Tagesneuigkeiten.

— (Advocatentag.) Der zweite österreichische Advocatentag wird in Prag am 9. Oktober eröffnet. Das Programm ist nachstehendes: Sonntag den 8. Oktober: Begrüßungsabend im Convictsaale 8 Uhr abends, Souper 10 Uhr. Montag den 9. Oktober: Plenarversammlung in der Aula, hierauf Ausfahrt nach Baumgarten; gemüthlicher Abend im Convictsaale. Dinstag den 10. Oktober vormittags: Abtheilungssitzungen in der Aula; um 5 Uhr Banket im Sophiensaal; Mittwoch den 11. Oktober vormittags: Plenarversammlung, nachher Abschiedszusammenkunft bei Gebrüder Meininger.

— (Mord und Selbstmord.) Am 2. d. M. nachmittags jagte sich, wie man dem „Zimb. Tgbl.“ aus Ruffin berichtet, ein fremder unbekannter Herr in der langenkompener Aue eine Kugel durch den Kopf. Ein in der Nähe arbeitender Bauernknecht eilte zu dem Unglücklichen und schiedte sich an, da er noch lebte, Hilfe zu leisten. In diesem Augenblicke schoß der Selbstmörder dem Armen eine Kugel durch die Brust, aus dem